

Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 2026

Bürgermeister Alexander Kleinschmidt

- **Folie 1 „Haushalt 2026“**

Sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertreter der Presse.

Ich darf Sie herzlich zur Einbringung des Haushaltsplans 2026 willkommen heißen.

Für viele von Ihnen ist dies die erste Haushaltseinbringung, ebenso wie für mich in meiner neuen Funktion als Bürgermeister.

Daher hoffe ich, dass es uns gelingt, Ihnen allen das Zahlenwerk möglichst verständlich nahe zu bringen.

Vorweg möchte ich Ihnen die gute Nachricht überbringen, dass die Haushaltssicherung für das Jahr 2026 noch einmal verhindert werden kann, natürlich vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Dennoch bringen die Prognosen einigen Grund zur Besorgnis mit sich.

- **Folie 2 „Ergebnisplan 2026“**

Der Ergebnisplan 2026 weist ein Defizit in Höhe von 9,4 Mio. € aus.

Der geplante Fehlbetrag des Vorjahres steigt also nochmals erheblich an, was die Dramatik der finanziellen Situation mehr als deutlich aufzeigt.

Mit diesen Eckdaten steht die Stadt Brakel aber nicht alleine da, vielmehr sind nun auch wir mitten im Strudel der untergehenden Kommunalfinanzen angekommen.

Die gesamte kommunale Familie hat mit Haushalten in absoluter Schiefelage zu kämpfen, wir befinden uns also in bester Gesellschaft.

Dass das Haushaltsjahr 2026 kein Ausreißer ist, zeigen die stetig steigenden Defizite bis ins Jahr 2029.

Diese nagen kräftig am Eigenkapital, bestehend aus der Ausgleichsrücklage sowie der allgemeinen Rücklage.

- **Folie 3 „Ausgleichsrücklage“**

Beginnend mit dem Jahr 2023 sind nur noch Fehlbeträge zu verzeichnen, so dass die Ausgleichsrücklage zum 31.12.2026 nicht mehr vorhanden sein wird.

Dieses regulierende Element fällt nun also weg, so dass von nun an die allgemeine Rücklage, unser „Tafelsilber“, erhalten muss.

Diese ist zwar im interkommunalen Vergleich gut gefüllt, wird uns aber dennoch nicht lange vor dem Gang in die Haushaltssicherung bewahren.

Denn dafür sind die prognostizierten Fehlbeträge schlicht und ergreifend viel zu hoch.

Ich möchte nun auf die wesentlichen **Ertragspositionen** des Haushalts 2026 eingehen.

- **Folie 4 „Gewerbesteuer“**

Die **Gewerbesteuer** bildet das Rückgrat der städtischen Erträge.

Leider konnte im Jahr 2025 das gewünschte Aufkommen nicht realisiert werden, so dass die Prognose für das Jahr 2026 nach unten korrigiert werden muss.

Somit ist der Aufwärtstrend der Jahre 2022 – 2024 vorerst beendet.

Eine Entwicklung, die eine Verbesserung der ohnehin schon herausfordernden Situation noch weiter erschwert.

Der nun gewählte Haushaltsansatz von 10 Mio. € birgt die Hoffnung in sich, dass zumindest das aktuelle Aufkommen stabil gehalten werden kann und nicht weiter zurückgeht.

- **Folie 5 „Schlüsselzuweisungen“**

Unmittelbar im Zusammenhang mit den Steuereinnahmen stehen die Erträge aus **Schlüsselzuweisungen**.

Die ertragreichen Jahre 2024 und 2025 führen zu rückläufigen Zuweisungen in 2026.

Wir befinden uns für das kommende Haushaltsjahr also im sogenannten „Wellental des Finanzausgleichs“, ein sich regelmäßig wiederholender Effekt.

- **Folie 6 „GemA Einkommenssteuer“**

Ein weiterer Eckpfeiler der Erträge, der **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer**, zeigt weiterhin eine positive Tendenz.

8,2 Mio. € bedeuten eine leichte Steigerung zum Vorjahr.

Die in den Orientierungsdaten dargestellten Prognosen weisen auch für die kommenden Jahre Steigerungsraten aus.

Hier darf also auf zumindest stabile Erträge gehofft werden.

Wie dargestellt, entwickeln sich die Gesamterträge also stark rückläufig.

Für das kommende Haushaltsjahr können diese somit keinen Beitrag zur angestrebten Konsolidierung leisten.

Im Zusammenspiel mit den weiter steigenden Aufwendungen ergeben sich somit Herausforderungen, die aus eigener Kraft kaum zu bewerkstelligen sind.

Somit kommen nun zu der **Entwicklung unserer wesentlichen Aufwandspositionen**.

Die alles dominierende Aufwandsposition stellt weiterhin die **Kreisumlage** dar.

- **Folie 7 „Kreisumlage“**

Ihr Anteil an den ordentlichen Aufwendungen beträgt mittlerweile **43%**, was ihren Einfluss auf den städtischen Haushalt eindrucksvoll belegt.

Die eingeplanten Mittel in Höhe von 20,9 Mio. € stellen eine Steigerung von 1,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr dar.

Auch für dieses Jahr zeigen sich die weiter explodierenden Sozialkosten dafür verantwortlich.

Diese entwickeln sich in einer steilen Kurve nach oben und führen zu diesen enormen Belastungen.

Beispielhaft für die wesentlichen Kostentreiber im Kreishaushalt können an dieser Stelle die „Sozialhilfe örtlicher Träger“, die „Individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ sowie die Kosten der „Kindertagesbetreuung“ genannt werden.

Diese Bereiche erfahren in Summe eine Steigerung von 7,8 Mio. €.

Die Steigerung der Landschaftsumlage wird in Höhe von bis zu 4,3 Mio. € erwartet.

Trotz aller Konsolidierungsversuche des Kreises Höxter ist ein Ende dieser Aufwärtsspirale nicht in Sicht.

Auch für die nächsten Jahre muss mit empfindlichen Steigerungsraten bei der Kreisumlage gerechnet werden.

Die Städte stehen hier am untersten Ende des oft kritisierten Umlagesystems und haben somit in letzter Konsequenz die Belastungen zu tragen.

- **Folie 8 „Investitionen“**

Das **Investitionsvolumen** ist unverändert hoch und weist gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung aus.

Könnte das Maßnahmenpaket in 2025 noch auf 34 Mio. € reduziert werden, so liegt dies im kommenden Haushaltsjahr bei ca. 43 Mio. €.

Diese Steigerung lässt sich einerseits durch verschobene Maßnahmen aus Vorjahren in Höhe von 8,5 Mio. € begründen.

Weiterhin führt die Entwicklung der Baukosten dazu, dass die geplanten Investitionen von Jahr zu Jahr teurer werden.

Außer Frage steht aber die Tatsache, dass wir dieses Investitionsvolumen deutlich nach unten schrauben müssen, um es für die vorhandenen Ressourcen leistbar, aber vor allem auch finanzierbar zu gestalten.

Beginnen möchte ich meine Darstellung des Maßnahmenkataloges mit den größeren Vorhaben bei Wasser- und Abwasserwerk.

- **Folie 9 „Investitionen Eigenbetriebe“**

Beim Wasserwerk sind die üblichen Investitionen in das Leitungsnetz sowie die Modernisierung der Förder- und Steuertechnik vorgesehen.

Beim Abwasserwerk wird die Ertüchtigung der Kläranlage fortgesetzt, weiterhin sind die Erschließung des Gewerbegebietes Brakel und des Neubaugebietes Bohlenweg vorgesehen.

Die Implementierung der 4. Reinigungsstufe wurde aufgrund der explodierenden Kosten bekanntermaßen vorerst abgebrochen.

Aber auch in den weiteren Sparten sind umfangreiche Maßnahmen im Investitionsplan eingestellt.

- **Folie 10 „Weitere Investitionen“**

Klarer Schwerpunkt der geplanten Investitionen 2026 ist die Bildungsinfrastruktur.

Als herausragendes Projekt ist hierbei der Neubau der OGS mit einem Volumen von 7,7 Mio. € für 2026 zu nennen.

Auch am Teilstandort Hemsben soll die Grundschule mit Investitionen in Höhe von 675 T€ fit für den zukünftigen OGS-Betrieb gemacht werden.

Umfangreiche Maßnahmen sind auch im Straßenbau vorgesehen.

Hervorzuheben ist hier die Erschließung des Gewerbegebietes im Rahmen des 5. BA mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Mio. €.

Auch die Erschließung des Baugebietes Bohlenweg stellt mit einem Ansatz in Höhe von 660 T€ einen Schwerpunkt beim Straßenbau dar.

Abschließend seien hier noch der Ausbau der Straßen „Am Bahndamm“ in Brakel, der „Spiegelbreite Rheder“, der „Ludowinenstraße Bökendorf“ sowie die „Erneuerung der Gehwege der Dorfstraße in Auenhausen“ genannt.

Auch der Brandschutz soll durch umfangreiche Investitionen in Höhe von 5,4 Mio. € gestärkt werden.

Der Neubau des Feuerwehrhauses Hegge mit einem Volumen von 2 Mio. € stellt das diesjährige Großprojekt dar.

Hierdurch kann die Zusammenlegung der Löschzüge Frohnhausen und Auenhausen erreicht werden.

Fortgesetzt werden die Erweiterung der Feuerwehrhäuser Hembsen und Schmechten um eine Fahrzeughalle.

Das Großprojekt am Feuerwehrhaus Brakel soll durch die Umgestaltung der Außenanlagen einen Abschluss finden.

Beim Hochwasserschutz ist die Maßnahme am Siechenbach in Höhe von 1,3 Mio. € ist das wesentliche Projekt.

Hier soll der Siechenbach im Bereich der Gesamtschule aufgeweitet und teilweise offengelegt werden.

Die weiteren Investitionen in unsere Dorfgemeinschaftshäuser, die Stadthalle sowie die städtischen Kindertageseinrichtungen runden das Investitionsprogramm 2026 ab und fördern somit den Werterhalt unserer Infrastruktur.

Doch wie immer im Leben gibt es auch eine Kehrseite der Medaille.

Diese umfangreichen Maßnahmen lassen sich wie in den Vorjahren nur durch eine umfangreiche Aufnahme von Fremdkapital stemmen.

Die veranschlagten Investitionskredite belaufen sich auf 31,9 Mio. €, eine nicht zu verachtende Größenordnung.

- **Folie 11 „Verschuldung“**

Diese Summe würde selbstverständlich nur bei tatsächlicher Umsetzung sämtlicher Maßnahmen zum Tragen kommen.

Doch selbst, wenn man von einer geringeren Neuverschuldung ausgeht, liefert die Grafik einigen Grund zur Besorgnis.

All diese Kredite wollen in Form von Zins und Tilgung bedient werden, was natürlich weitere Liquidität bindet.

Liquidität ist genau das Stichwort für eine neue Bedrohung, die neben den Investitionskrediten eine starke Rolle in der Haushaltsplanung eingenommen hat.

Gemeint sind die Liquiditätskredite, auch Kassenkredite genannt, welche in den vergangenen Jahren eher eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

- **Folie 13 „Liquiditätskredite“**

Diese betragen zum Ende des letzten Jahres insgesamt 2,0 Mio. €.

Liquiditätskredite kommen dann ins Spiel, wenn der laufende Betrieb abgesichert werden muss, wenn also keine Investition zu finanzieren ist.

Dies ist grundsätzlich schon einmal ein schlechtes Zeichen, denn damit ist klar, dass die Kassen leer sind.

Weiterhin ist dies ein klarer Indikator dafür, dass bereits das laufende Geschäft defizitär ist.

Und genau dies ist mittlerweile auch bei der Stadt Brakel der Fall.

Der sogenannte Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit weist ein Defizit in Höhe von 8,5 Mio. € aus.

Die Reserven sind aufgebraucht, somit muss fortan der „Dispo“ erhalten.

Auch für die eben genannten Zins und Tilgung der Investitionskredite.

Es ist nun also der Supergau eingetreten: Es müssen Liquiditätskredite aufgenommen werden, um die Investitionskredite bedienen zu können.

In der Vergangenheit gab es noch einen Überschuss aus der Verwaltungstätigkeit, welcher zur Finanzierung der Investitionen herangezogen werden konnte.

Heute müssen stattdessen 8 Mio. € an Kassenkrediten eingeplant werden, um über den Jahresverlauf zahlungsfähig zu bleiben.

Eine Entwicklung, wie sie dramatischer nicht sein könnte.

Denn sie führt zu einer rasant steigenden Verschuldung, die sich in der Folge aus sich heraus immer weiter verstärkt und gegen die es kaum ein Ankommen gibt.

Dies ist ein klarer Hinweis auf die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und belegt die dramatische Lage, in der sich die Städte und Gemeinden aktuell befinden.

Wie kann dieser Entwicklung nun also entgegengewirkt werden?

„Die Städte müssen wieder das Sparen lernen“, so war es zuletzt in einer landesweiten Pressemeldung zu lesen.

Betrachtet man die finanzielle Lücke von 8 Mio. €, so muss diese Aussage doch stark in Frage gestellt werden.

Welche Konsolidierungsmaßnahmen sollen bei diesem Fehlbedarf eine spürbare Entlastung bringen?

Eine Kommune hat viele Pflichtaufgaben zu leisten, so dass die tatsächlich vorhandenen Stellschrauben stark begrenzt sind.

Nachhaltige Einsparungen werden nicht in einem Volumen zu realisieren sein, welches uns wieder nahe an einen Haushaltsausgleich bringt.

Die Möglichkeiten auf der Aufwandsseite scheinen also begrenzt.

Doch wie sieht es auf der Ertragsseite aus? Welches Potenzial bietet sich hier?

Aus den Ausführungen wird schnell klar, dass in naher Zukunft unausweichlich auch über Steuererhöhungen nachgedacht werden muss.

Doch welcher Effekt wäre hierdurch zu erzielen?

Lassen Sie mich hierzu ein kleines Beispiel anführen:

Um die diesjährige Erhöhung der Kreisumlage auszugleichen, wäre eine Anhebung der Grundsteuer B um die Hälfte des bisherigen Aufkommens notwendig.

Der einerseits daraus entstehende Effekt wäre eine massive Mehrbelastung für die Bürger.

Im städtischen Haushalt würde dadurch jedoch lediglich der Ausgleich dieser einen Kostensteigerung resultieren.

Die bereits vorab bestehende Finanzlücke würde dadurch hingegen nicht reduziert.

So läuft man im Grunde Jahr für Jahr der Musik hinterher, selbst massive Steuererhöhungen würden lediglich die sich auftürmenden Mehraufwendungen reduzieren.

Ohne umfangreiche Hilfe von Bund und Land wird eine echte Kehrtwende nicht gelingen, der kommunale Finanzausgleich muss zwingend und ganzheitlich neu gedacht werden.

Vielleicht einfach einmal ohne weitere Förderprogramme, die zwar bei den geplanten Investitionen unterstützen, aber im Hinblick auf den Haushaltsausgleich nur sehr bedingt helfen.

Das bereits genannte strukturelle Grundproblem der kommunalen Unterfinanzierung bleibt bestehen.

Als letztes Beispiel möchte ich an dieser Stelle das Sondervermögen anführen.

Dieses Förderprogramm soll aus Sicht von Bund und Land eine wesentliche Erleichterung für die Kommunen bringen.

- **Folie 14 „Sondervermögen“**

10,4 Mio. € verteilt auf 12 Jahre, also 870 T€ pro Jahr, spült uns dieses Programm in die Kassen.

Selbstverständlich in großen Teilen zweckgebunden für Investitionen in Bildung und Betreuung. Nicht aber für das laufende Geschäft.

Gäbe man uns diese Gelder als Pauschalmittel, so wären diese wenigstens zum Haushaltsausgleich einsetzbar.

Allein die Umsetzung des OGS-Anspruches aber wird in Brakel bis ins Jahr 2029 in Summe über 14 Mio. € verschlingen.

Das durch das Sondervermögen bereitgestellten Mittel werden also allein durch dieses Projekt aufgebraucht worden sein.

Hier darf auch wieder auf das oft zitierte Konnexitätsprinzip verwiesen werden, denn Bildung ist ja bekanntlich Ländersache.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wird vom Land gesetzlich fixiert, die Finanzierung sollen dann bitte die Kommunen regeln.

Mit unseren Sorgen und Nöten stehen wir aber nicht alleine da.

Nahezu alle Städte des Kreises Höxter weisen ähnlich dramatische Fehlbeträge aus und laufen stramm in Richtung Haushaltssicherung.

Leider ist abzusehen, dass die Hilferufe in Richtung Land und Bund erfolglos sein werden, denn auch dort sieht es nicht viel besser aus.

Kurz gesagt steht der gesamten kommunalen Familie das Wasser bis zum Hals.

Wir werden uns also darauf einstellen müssen, dass wir in dieser Krise auf uns alleine gestellt sein werden.

Nun heißt es also, sich der Situation zu stellen und das Beste daraus zu machen.

Auch wenn die Gründe für die negative Entwicklung nicht hausgemacht sind, so dürfen wir unser Schicksal nicht kampflos hinnehmen.

Die kommenden Jahre werden vermutlich geprägt sein von schmerzhaften Einschnitten.

Dieser Weg ist jedoch unausweichlich, denn wir sind die Ersten, die ihrer Verantwortung nachkommen müssen, die Konsolidierung mit einem unbedingten Sparwillen voranzutreiben.

Dies ist unabdingbar, um gegenüber Bund und Land, aber vor allem gegenüber der Bevölkerung glaubhaft zu bleiben.

Sollte eines Tages an der Steuerschraube gedreht werden müssen, so wollen wir mit ruhigem Gewissen sagen können, dass wir in diesen schwierigen Zeiten unseren Teil zur Verbesserung beigetragen haben.

Gelingt dann noch eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs zum Wohle der Kommunen, dann gibt es zumindest noch ein Fünkchen Hoffnung, dass vielleicht doch noch nicht alles verloren ist.

Und die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Lassen Sie uns also trotz der auf den ersten Blick hoffnungslosen Situation all unsere Kräfte dafür bündeln, unsere Stadt Brakel gemeinsam durch dieses schwierige Fahrwasser zu lotsen um somit die Weichen für eine hoffentlich bessere Zukunft zu stellen.

- **Folie 14 „Vielen Dank...“**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den kommenden Haushaltsberatungen einen konstruktiven Verlauf.